

Walter Simon

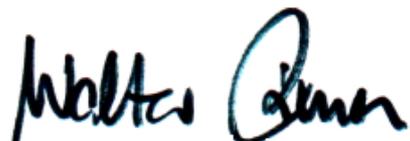
Politischer Lebensweg auf der linken Spur

Dieser politische Lebenslauf ist Teil einer ggf. im Internet einsehbaren Dokumentation über das Wirken der APO Bergedorf in den Jahren 1968/1969 mit dem Schwerpunkt der politischen Lebenswege der APO-Aktivist*innen. Die Autor*innen und Autoren gaben ihr Einverständnis zur Veröffentlichung.

Aus dieser Gruppierung sind Staatsbürger*innen mit vorzeigbaren Lebensläufen hervorgegangen, darunter Pädagog*innen, Ärzt*innen, Wissenschaftler*innen, Publizist*innen, Manager*innen und Unternehmer*innen, aber auch Handwerker*innen und Dienstleister*innen. Der Blick in die Biografien ehemaliger APO-Aktivist*innen aus Bergedorf zeigt, dass sie im Laufe der letzten 50 Jahre ihren Grundüberzeugungen treu blieben und in ihrem Einflussbereich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirkten. APO-Aktivist*innen und Aktivisten engagierten und engagieren sich u.a. in der Umweltschutz-, der Anti-Atomkraft-, der Frauen- und der Friedensbewegung. Alle werten ihre Zeit in der APO als wichtige Lebenserfahrung.

Ich nutze die mich betreffende Vita, um meinen Freunden für vielfältige Anregungen und Einflüsse nebst tollen Erlebnissen zu danken, die mein Weltbild prägten und meinen Lebensweg in die richtige Richtung lenkten. Mein besonderer Dank gilt dem Initiator und Promotor der APO Bergedorf, dem Genossen Alfred Dreckmann und seiner Frau Elke.

Das nochmalige Treffen im Oktober 2019 in Bergedorf zeigte, wie sehr wir uns auch nach 1968 unseren Ideen verbunden fühlten und wie stark Freundschaften sein können, wenn sie von einer humansozialistischen Vision getragen werden.

A handwritten signature in black ink, reading 'Walter Simon'. The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

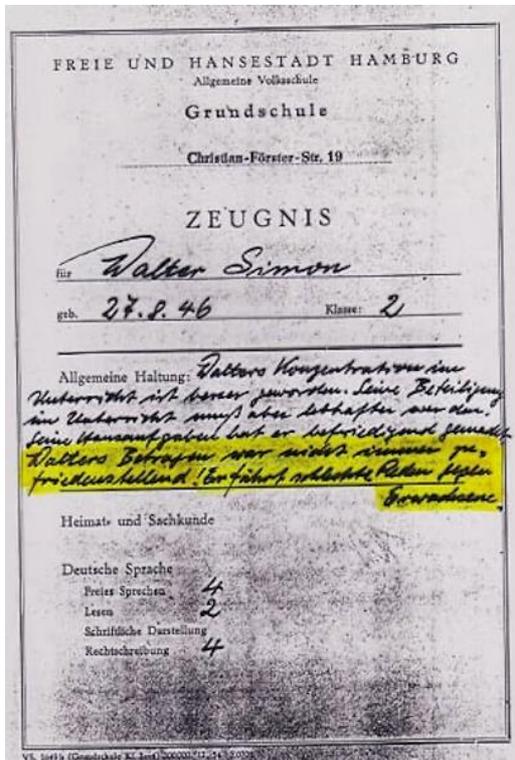
Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| 1. Politischer Einfluss aus dem Elternhaus | 3 |
| 2. Die Jahre 1963 bis 1968: SPD/Jungsozialisten Geesthacht/Elbe | 3 |
| 3. Die Jahre 1968/1969: APO Bergedorf | 5 |
| <i>Wohnen und leben in der Kommune</i> | 6 |
| <i>Eine Holzhandlung brennt. Ich soll einer der Brandstifter sein</i> | 7 |
| <i>Christa, eine spätere RAF-Terroristin</i> | 7 |
| <i>Das Ende der APO und ihre Fortsetzung in Teilbewegungen</i> | 8 |
| <i>Rausschmiss aus der SPD</i> | 9 |
| <i>Hochschule für Wirtschaft und Politik / DKP</i> | 9 |
| 4. Die Jahre 1975 bis 1983: DKP und DGB in Flörsheim am Main | 9 |
| <i>Mein erstes Buch</i> | 10 |
| 5. Diplom und Promotion | 11 |
| 6. Die Jahre 1979 bis 1981: Berufseinstieg bei der AEG-Telefunken | 11 |
| 7. Selbständigkeit nach 1981 | 12 |
| <i>Unternehmensberatung = Klassenverrat?</i> | 12 |
| <i>Kontakt zu Prof. Manfred von Ardenne</i> | 13 |
| <i>Mein Freund der Überläufer: Im Geheimdienst-Sumpf</i> | 14 |
| 8. Dr. Karl F. Pfannenschwarz: Ein besonderer Fall der DKP-Historie | 15 |
| 9. Gründung der Gesellschaft für Absatz und Produktion mbH | 17 |
| 10. 1986: DKP ade, scheiden tat nicht weh | 17 |
| 11. 1990 bis heute: Bad Nauheim – Kommunalpolitisches Solo | 19 |
| <i>Zwei Bürgermeisterkandidaturen: 2000 und 2005</i> | 20 |
| 12. Die Jahre 1996 bis 2002: Universität und Hochschulen | 20 |
| 13. APO heute, noch immer ein Fall für den Verfassungsschutz | 21 |
| 13. Was ist geblieben? | 21 |

1. Politischer Einfluss aus dem Elternhaus

Mein Vater, ein Hamburger Werftarbeiter, war Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion Hamburg-Waterkant. Aufgrund der Säuberungsaktionen der SED um 1956 mit politischen Schauprozessen und wegen der unterstützenden Haltung der KPD verließ er zeitgleich die Partei. Es mag sein, dass auch das KPD-Verbot hierbei eine Rolle spielte. Er hatte einen gewissen politischen Einfluss auf

mich, allerdings nur bis zur Scheidung meiner Eltern 1958. Ich war damals 12 Jahre alt. Fortan engagierte er sich als Juniorenbetreuer beim Hamburger Sportverein.



Nach der Scheidung meiner Eltern ließ meine Mutter mich unverzüglich evangelisch taufen, etwas, das mein Vater aus seiner atheistischen Weltansicht heraus stets ablehnte. Er verstarb 1969 auf dem Weg zur Arbeit infolge eines Verkehrsunfalls mit seinem Moped. Sofort nach meiner Volljährigkeit trat ich wieder aus der Kirche aus. „Eine freche Zunge macht keinen frommen Mann“, lautet ein geflügeltes Sprichwort. Dass ich das nicht werden konnte, attestierte mein Grundschullehrer schon 1955. Voller Entsetzen las meine Mutter diesen Satz im Zeugnis: Walters Benehmen war nicht immer zufriedenstellend. Er führt schlechte Reden gegen Erwachsene“. Sollten pädagogische

Zuchtmeister gemeint sein, lag er nicht so falsch, denn schließlich gehörte er zu dieser Spezies.

Meine Mutter hatte keinerlei Einfluss auf meine politische Prägung. Sie wünschte für ihren Sohn eine Beamtenlaufbahn bei der Post oder Bahn.

2. Die Jahre 1963 bis 1968: SPD/Jungsozialisten Geesthacht/Elbe

Nach der Scheidung meiner Eltern lebte ich bei meiner Mutter in Geesthacht/Elbe. Während meiner Drogistenlehre hatte mich ein Mitschüler in der Berufsschule „linkswärts“ politisiert. Darum trat ich im Alter von 17 Jahren der SPD und damit den Jungsozialisten bei. Zeitgleich wurde ich Mitglied der „Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen“. SPD und Gewerkschaft, das gehörte zu jener Zeit in Geesthacht, alias Klein-Moskau, irgendwie zusammen. (<https://www.geesthacht.de/index.php?ModID=7&FID=25.686.1&object=tx%7C25.686.1.9>)

Die Dönitz-Affäre am Geesthachter Gymnasium (<https://www.spiegel.de/geschichte/affaere-um-hitlers-nachfolger-a-947398.html>) beförderte meinen Beitrittsentschluss. Verstärkt wurde er durch das politische Wirken von Hamburger Altnazis in der Geesthachter Kommunalpolitik und am örtlichen Gymnasium.

Seit dem Besuch einer Ausstellung über die Greuelthaten des deutschen Faschismus verspürte ich, obwohl erst 15 Jahre alt und ohne tieferes historisches Verständnis, eine tiefe Abneigung gegen Nazis. Der Besuch dieser Ausstellung ist das Wenige, was mich

im Sinne von „für das Leben lernen, nicht für die Schule“ positiv an meine Hamburger Hauptschulzeit erinnert.

Von 1964 bis 1967 war ich Vorsitzender der Geesthachter Jungsozialisten und Mitglied im Kreisvorstand. Es gab zwar Jungsozialisten, aber keine organisatorische Gliederung. Ich stieß die Gründung an und wurde so fast automatisch Vorsitzender.

In dieser Zeit hatte ich wiederholt mit dem späteren SH-Ministerpräsidenten Uwe Barschel (https://de.wikipedia.org/wiki/Uwe_Barschel) Kontakt. Es ging um die Verteilung staatlicher Zuschüsse an den Ring Politischer Jugend. Barschel war Vorsitzender der Jungen Union in Geesthacht. Die „Staatsknete“ ermöglichte uns polittouristische Gratisreisen nach Berlin mit Pflichtbesuch und obligatorischer Betroffenheitsmiene an der Berliner Mauer. Das Geld wurde u.a. für unsere jährliche „Inspektionsfahrt entlang der Zonengrenze“ von Lauenburg bis Büchen mit einem anschließenden Gelage im romantischen Gasthaus an der Dückerschleuse benötigt.

Mit Uwe Barschel hatte ich häufiger Konflikte. In einem Fall wollte er mich wegen angeblicher Beleidigung vor Gericht zerren. Ich hatte ihn in irgendeinem Zusammenhang als Lügner bezeichnet. Wie sehr ich doch Recht hatte, kam später heraus, als er 1987 mit einem „großen Indianer-Ehrenwort“ seine Unschuld in der SH-Regierungskrise beschwor (<https://de.wikipedia.org/wiki/Barschel-Affäre>). Barschels Anzeige gegen mich wurde aber nur von einem Schiedsmann verhandelt, der kein Interesse daran hatte, sich mit dem Pillepalle des kommunalpolitischen Kindergartens zu beschäftigen. Das sybillinische Urteil lautete: „Jungs, vertragt Euch.“

Geesthachts SPD war ein Ortsverein der kleinen Leute, sogar mit eigenem Parteilokal. Die soziale Einbettung des SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Basedow erkannte man an dessen schaufelgroßen und grobschlächtigen Händen. Seine Parole lautete: „Die Demokratie ist wichtig, aber das Soziale ebenso.“ Im SH-Landesvorstand residierte der „Rote Jochen“. Das prägte die Parteilokal. Hier gab es für Karriereristen keinen Windkanal. Erst nach dem Roten Jochen und dem Genossen Basedow strömten die Lehrer in die SPD.

Während der Bundestagswahl 1965 wirkte ich als Wahlhelfer für den SPD-Abgeordneten Fritz Säger, langjähriger Chefredakteur der Deutschen Presseagentur und stilistischer Verfasser des Godesberger Programms. Erst nach seinem Tode erfuhr ich, dass er Freimaurer war. Na ja, (Frei)Maurer und Sozialist passt irgendwie zusammen, Geheimbund und Demokratie eigentlich nicht.

Von März 1967 bis Ostern 1968 hatte ich dank des Deutsch-Französischen Jugendwerkes die Möglichkeit zu einem Praktikum in einem Pariser Großkaufhaus. Während dieser Zeit besuchte ich u.a. drei Großveranstaltungen der Kommunistischen Partei Frankreichs. Ein Auftritt des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der USA, Gus Hall, hinterließ bei mir einen starken Eindruck. Er sprach viel zu lange und entschuldigte das damit, dass er, ein Opfer der McCarthy-Ära, fast ein Jahrzehnt in Einzelhaft im Hochsicherheitsgefängnis von Kansas gesessen hatte und anschließend die USA nicht verlassen durfte (<https://de.wikipedia.org/wiki/McCarthy-Ära>). Ich hielt es für angezeigt, mich näher mit diesem Teil der Geschichte und der Idee des Kommunismus zu beschäftigen.

Seit Oktober 1966 regierte die CDU/SPD-Koalition. Mein Verhältnis zur SPD trübte sich ein. Der Faschist Kiesinger mit dem Antifaschisten Brandt, das war für mich wie Feuer und Wasser.

3. Die Jahre 1968/1969: APO Bergedorf

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte ich die Aktivitäten der APO in Berlin und das Wirken von Rudi Dutschke. Als infolge der Anti-APO-Hetze der Springer-Presse 1968 ein Mordanschlag auf ihn verübt wurde, fühlte ich mich verpflichtet, an den Demonstrationen vor dem Hamburger Verlagssitz des Springer-Verlages teilzunehmen. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt (besser: Standhaftigkeit gegen einen Wasserwerfer) nahm man mich fest und verurteilte mich später zu einer Haftstrafe von vier Monaten auf Bewährung.

Jetzt folgt die Flut der Strafen 10.8.68

... auf die Osterdemonstrationen in Hamburg: APO-Mann Simon soll sitzen

Geesthacht (js). Zunächst lag nur ein Schrottauto quer über den Kornträgergang, dann setzten sich die ersten Demonstranten auf die Straße. Auch Walter Simon aus Geesthacht nahm Platz. Weil er damals saß, soll er jetzt „sitzen“. Das fordert der Hamburger Staatsanwalt Wehrmann. Er will ihn anklagen: durch ein und dieselbe Handlung!

„1. Innerhalb des befriedeten Bannkreises um das Gebäude eines Gesetzgebungsorgans eines Landes an öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel teilgenommen und dadurch vorsätzlich Vorschriften, die über den Bannkreis erlassen worden sind, verletzt,
2. an einer öffentlichen Zusammenrottung teilgenommen zu haben, bei der mit vereinten Kräften, Beamten, welche zur Vollstreckung von Gesetzen, von Befehlen oder Anordnungen der Verwaltungsbehörden berufen sind, in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes durch Gewalt Widerstand geleistet worden ist, und
3. einen solchen Beamten durch Gewalt Widerstand geleistet zu haben, indem er an einer verbotenen Demonstration vor dem Verlagshaus Axel Springer, welches sich inmitten der Hamburger Bannmeile befindet, teilnahm, sich in unmittelbarer Nähe einer von anderen Demonstranten auf dem Kornträgergang aus einem umgestürzten Schrottfahrzeug, Großmüllbehältern und anderen sperrigen Gegenständen errichteten Barrikade mit anderen Demonstranten zusammen auf die Fahrbahn setzte, wobei sie sich gegenseitig unterhaken, um Polizeibeamte daran zu hindern, die Straße zu räumen und einzelne Demonstranten festzunehmen, und sich schließlich gegen seine vorläufige Festnahme durch den Polizeimeister

Hennings dadurch wehrte, daß er sich mit beiden Händen gerart an einem Absperrgitter festhielt, daß schließlich zwei Polizeibeamte notwendig waren, um ihn von dem Gitter zu lösen und abzutransportieren.“

Das ist der Wortlaut der Anklageschrift der Hamburger Staatsanwaltschaft. Walter Simon soll sich in einem sogenannten Schnellgerichtverfahren verantworten. Wie er sich verteidigen wird, ist im Augenblick nicht wichtig.

Tatsache bleibt, daß die Polizisten im Kornträgergang diejenigen waren, die zum Knüppel griffen. Der Kornträgergang war von allen Straßen, die das Verlagshaus Axel Springer umgeben, der unwichtigste Straßenzug, um einen Ausbruchversuch mit druckfrischen Zeitungen anzusetzen. Es wurde auch gar nicht erst von Polizei und Ange-

stellten des belagerten Verlages versucht.

Warum die Polizei am Ostermontag von Gummiknüppeln in einer Härte Gebrauch machte, die in keinem Verhältnis zur Lage stand, ist bis heute auch den neutralen Beobachtern unerfindlich. Während sich an anderen Orten um den Verlagskomplex die Demonstrationen relativ friedlich wieder auflösten, schürte die Polizei im Kornträgergang Gewalt. Und wenn Polizeimeister Hennings darin Widerstand erkannte, daß sich Simon an einem Absperrgitter festklammerte, so ist diese Feststellung rührend.

Simon ist damit ein gewisser Mut zu bescheinigen. Wer gesehen hat, wie brutal manche Beamte mit den Hacken auf den Händen der sich eingehakten und umklammerten Demonstranten herumtraten, der empfindet noch nachträglich Schmerz, ohne sie je ertragen zu haben.

Walter Simon hat damals hoffentlich gewußt, warum er demonstrierte. Um so leichter wird er das Urteil aufnehmen. Warum nach vier Monaten Ermittlungen das Verfahren sich noch immer „beschleunigt“ nennt, ist rätselhaft. Jedenfalls ist die Demonstrationswelle abgeebbt, jetzt folgt die Flut der Strafen ...

Jörg Steinert



Manche Freunde von Walter Simon wollen ihn in diesem Knäuel wiederentdeckt haben. Auf jeden Fall wurde er hier im Kornträgergang festgenommen.

foto: steinert

Diese Strafe wurde 1970 von der Brandt/Scheel-Regierung amnestiert. Man wollte es sich nicht mit der kritischen Jugend, den sogenannten „Leistungsträgern von morgen“, verderben.

Der Strafprozess fand in den Medien großes Interesse. Selbst Rudolf Augstein und Franz Josef Degenhardt saßen unter den Zuhörern. Die Frauen des Hamburger Sozialistischen Deutschen Studentenbundes bekundeten Solidarität, indem sie zeigten, was sie von dieser Art der Justiz hielten: Sie entblößten ihre Busen. Das zog einen weiteren Strafprozess nach sich.

Als ich wieder in Deutschland war, bestand seit zwei Jahren die sogenannte Große Koalition, also das Regierungsbündnis von CDU und SPD.

Der Blick zurück zeigt dieses Bild: In China tobte die sogenannte Kulturrevolution. In der Bundesrepublik bestimmte der Ex-Nazi Kurt-Georg Kiesinger in einer Großen Koalition die Richtlinien der Politik. Der Bundestag verabschiedete trotz gewaltiger Demonstrationen die Notstandsgesetze. Ex-Nazis gaben dem Nachkriegsstaat das Gepräge. Die Dritte Welt befreite sich von den Fesseln des Kolonialismus. Amerika entlaubte mit Napalmbomben den vietnamesischen Regenwald und tötete drei Millionen Vietnamesen. Der Schah von Persien besuchte 1967 Deutschland. Während seines Aufenthaltes in Berlin wurde der Student Benno Ohnesorg von der Westberliner Polizei erschossen. In seiner Folge gründeten sich linksorientierte Organisationen, von denen jede den Anspruch erhob, den richtigen Weg zum Sozialismus zu kennen: DKP, KB, KBW, KPD-ML, Gruppe Internationaler Marxisten, Anarchistengruppen und Sozialistischer Bund B. Der Marxismus und die Imperialismustheorien erlebten eine Renaissance.

1969 war die Außerparlamentarische Opposition auch in Bergedorf angekommen. In ihren Reihen trafen sich junge Menschen, darunter „Reinraum-Marxisten“, Hegelianer, Trotzisten, Maoisten, Jungsozialisten, Feministinnen, Anarchisten und Jungdemokraten. Lutz Schulenburg, Mitbegründer der Nautilus-Edition, verdiente sich seine ersten Sporen in der Bergedorfer APO. In diesem Verlag erschienen seit seiner Gründung 1974 rund 1000 Titel.

Wohnen und leben in der Kommune

Es gab prägende Erlebnisse meiner Bergedorfer Zeit. Dazu zähle ich die Anmietung von Geschäftsräumen in der Kampchaussee, die in Wirklichkeit der Gründung einer APO-Kommune dienten. Als agiler Jungunternehmer vom Typ „Schwiegersohn“ konnte ich die SAGA davon überzeugen, dass genau ich der gesuchte Mieter sei.

In der neuen Bergedorfer Kommune herrschte ein Kommen und Gehen, oft bis spät in die Nacht. Da mein Zimmer das größte war, diente es als Besprechungs- und Versammlungsraum für vielerlei Zwecke. Meine Nerven wurden arg strapaziert, aber dennoch denke ich gern daran zurück. Meine Zeit als Kommunarde war, was die Probleme des Zusammenlebens angeht, eine wertvolle Erfahrung.



Wohnstätte der Kommune im

Hochparterre

Bei allem, was die bürgerliche Presse schrieb und der deutsche Michel über das Leben in einer Kommune kolportierte, handelte es sich, um es mit einem heutigen Begriff auszudrücken, um „Fakes“. Die berüchtigte Kommune 1 in Berlin war für uns keine Blaupause (https://de.wikipedia.org/wiki/Kommune_1).

Eine Holzhandlung brennt. Ich soll einer der Brandstifter sein

Meine Verhaftung als vermeintlicher Brandstifter und die bundesweite Berichterstattung über den „Feuerteufel“ hat sich tief in meine Lebenserinnerungen eingegraben. Zunächst zum Hintergrund:

Im April 1968 zündelte die RAF am Kaufhof in Frankfurt am Main. Als im Juni 1969 das Hansagymnasium brannte, war klar: Das war die Bergedorfer APO. Doch der Schulbrand war schnell geklärt, denn ein pyromanischer Hyperradikaler aus Berlin, ehemals Schüler dieser Schule, bekannte sich prahlerisch zur Tat.

Nr. 190 Montag, den 18. August 1968

Brand zwingt Düsenriesen zur N

Großbrand in Bergedorf am Sonnabend

Millionenschaden - zwei Verhaftungen

Die APO-Männer Piltz und Simon unter schwerem Verdacht

Bergedorf (blu). Haftbefehl hat gestern die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen die beiden Bergedorfer APO-Angehörigen Alexander Piltz (22) und seinen gleichaltrigen Freund Walter Simon erlassen. Sie stehen unter dem Verdacht, in der Nacht zum Sonnabend das Großfeuer verursacht zu haben, dem der größte Teil der Holzhandlung Behr zum Opfer fiel. Piltz und Simon wurden bereits am Sonnabendnachmittag in ihrer Wohnung an der Kampchaussee festgenommen, wo sie die erste Bergedorfer Kommune eingerichtet hatten. Der Haftbefehl folgte etwa 24 Stunden später.

Innerhalb von Minuten hatte sich — wie berichtet — das Feuer in den ersten Morgenstunden des Sonnabends auf dem Gelände der Bergedorfer Holzhandlung H.G. Behr am Kupferberg ausgebreitet. Die Flammen loderten aus Holzstapeln, Schuppen und zwei mehrstöckigen Lagerhäusern.

Um 1.59 Uhr ging der erste Alarm bei der Feuerwehr ein. Insgesamt zehn Züge, fünf Hamburger Berufsfeuerwehren und fünf Freiwillige Feuerwehren, rückten zur Brandstelle aus und setzten 51 Rohre ein. Dennoch dauerte es zweieinhalb Stunden, bis die Gefahr gebannt war. Zwei Umstände halfen den Feuerwehrleuten, eine Katastrophe für die ganze Innenstadt zu verhindern: Die Holzhandlung ist auf drei Seiten von Wasser umgeben und ein leichter Ostwind ließ die Flammen in freies Gelände hinüberschlagen. Bei den Löscharbeiten wurden ein Polizei- und ein Feuerwehrbeamter leicht verletzt.

Der erste Verdacht auf Brandstiftung ergab sich aus Beobachtungen von Passanten und dem Chef der Holzhandlung, Hans Behr. Behr berichtete, er sei zehn Minuten vor dem Feueralarm nach Hause gekommen und habe nichts Außergewöhnliches bemerkt. Nachdem er durch den Feueralarm hochgeschreckt war, habe er auf dem Gelände an verschiedenen Stellen Flammen emporzüngeln sehen.

Nach Angaben von Freunden der zunächst festgenommenen Alexander Piltz und Walter Simon drangen am Sonnabend gegen 18 Uhr die Besatzungen von drei Polizeiwagen und vier

Kriminalbeamte in die Wohnung an der Kampchaussee ein und führten anschließend mit ihnen davon.

Offenbar aus Verärgерung über diese Festnahme wurden am späteren Sonnabendabend von Unbekannten Fensterscheiben des Bergedorfer Amtsgerichts und des Finanzamtes an der Ernst-Mantius-Strasse eingeschlagen. Etwa 49 bis 50 Jugendliche versammelten sich vor der Polizei-Revierwache 61 an der Westufer-Strasse und hielten dort bis gegen 23 Uhr aus — wahrscheinlich, um den Festgenommenen Mut zu machen.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft in Hamburg will eine Frau die beiden der Brandstiftung Verdächtigten in der Brandnacht gesehen haben. Auf diesen Hinweis wurden Piltz und Simon festgenommen. Eine Durchsuchung der Wohnung an der Kampchaussee habe kein belastendes Material ergeben.

Die Außerparlamentarische Opposition in Bergedorf protestierte gestern gegen die Verhaftungen der Kommunisten. Wie Volkschullehrer Alfred Dreckmann, der sich als APO-Anhänger bezeichnet, am Abend mitteilte, hat er vor der Polizei als Zeuge ausgesagt, Simon und Piltz seien zu Beginn des Feuers in der fünfköpfigen Kommune gewesen. Das könnten die übrigen Kommunisten bezeugen. Er selbst, Dreckmann, habe mit den beiden Verhafteten den Abend in einer Bergedorfer Gaststätte verbracht. Er habe Simon „volltrunken“ und Piltz „angeheitert“ in der Kommune in der Kampchaussee abgeholt. Kurz darauf sei das Feuer ausgebrochen.

(Weitere Berichte im Lokaltell)



Alexander Piltz



Walter Simon

Nur acht Wochen später legten zwei seiner Freunde einen Entlastungsbrand. Sie wollten die Ermittlungsarbeit der Staatsanwaltschaft im Falle des Schulbrandes auf einen vermeintlich noch unerkannten Brandteufel lenken. Die in der City gelegene Holzhandlung Behr ging in Flammen auf. Einwohner der Innenstadt wurden evakuiert. Tags darauf rückte sogar das Bundeskriminalamt an. Das war ein sicheres Indiz dafür, dass die Bergedorfer APO nun doch zugeschlagen habe. Die Presse vermeldete mit Großfotos die Festnahme zweier mutmaßlicher Brandstifter aus der APO Bergedorf, Alexander Piltz und meine Wenigkeit. Die Volksseele kochte. Nur dumm, dass der Schuss nach hinten losging. Nicht die APO, sondern zwei Söhne angesehener Familien (die Väter waren Rechtsanwalt und

Maiglöckchengroßhändler), Schüler des Hansa-Gymnasiums, waren die Täter. Das aber fand nicht die Kriminalpolizei, sondern die beschuldigte APO selbst heraus.

Christa, eine spätere RAF-Terroristin

Diesen Sachverhalt beschrieb die Schulsprecherin des Bergedorfer Luisengymnasiums Christa Eckes in der Schülerzeitung. Sie wurde später als RAF-Kämpferin bundesweit bekannt und zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. 2012 verstarb sie an Leukämie.

Da ich Christa Eckes gut kannte, verkneife ich es mir, die üblichen Schmähungen ihrer Person zu befeuern. Ich lernte sie als kameradschaftliche, kluge, ruhige und engagierte Mitstreiterin kennen. Posthum danke ich ihr für ihren Solidaritätsbeitrag in der Schülerzeitung. Leider konnten ihre APO-Freunde ihre Hinwendung zum

politischen Terrorismus nicht verhindern. Diese setzte ein, nachdem sich unsere Wege getrennt hatten und sie in Berlin lebte.

Das Ende der APO und ihre Fortsetzung in Teilbewegungen

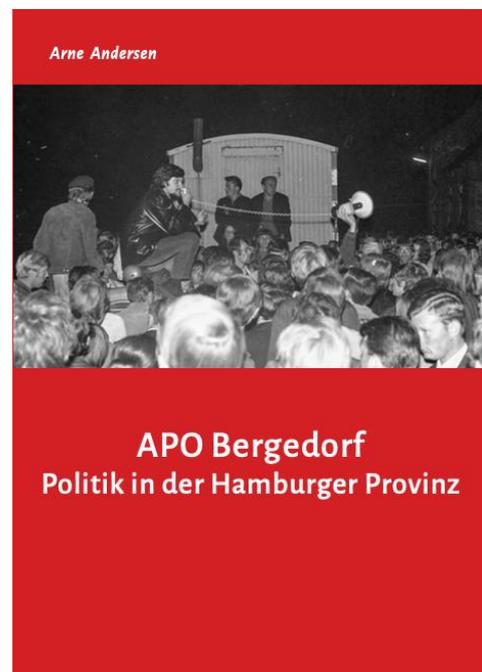
Die APO war der Impulsgeber für viele gesellschaftliche Reformen nach 1970, selbst für die sozial-liberale Koalition. Sie stieß bei vielen Menschen neue Lebensentwürfe an und half, individuelle Handlungsspielräume auszuweiten. Auch antifaschistische bzw. antirassistische Empfindlichkeiten, die Ökologie- und Frauenbewegung, ein sexuelles Toleranzklima, die Abschaffung der Paragraphen 175 und 218, tendenzielle Liberalisierung und Demokratisierung gehen auf ihr Habenkonto. Heribert Prantl, renommierter Journalist der Süddeutschen Zeitung, schrieb: „Der kulturelle Umbruch von '68 war und ist der nachhaltigste Umbruch der Gesellschaft. Die Kraft des Umbruchs zeigt sich darin, wie sich Rechtskonservative und AfD daran abarbeiten.“ (Heribert Prantl, Was von 1968 geblieben ist, in: SZ 11.4.2018.)

Wie viele andere Gruppierungen der Linken zerfiel auch die APO Bergedorf in zahlreiche kommunistische, maoistische und trotzkistische Kleingruppen. So auch in Bergedorf. Einige der Aktivisten, dazu zählte auch ich, traten der 1968 neu gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei bei, andere landeten beim Kommunistischen Bund Westdeutschlands oder beim Kommunistischen Bund, von denen wiederum ein großer Teil um 1980 der Partei Die Grünen beitrug.

Wer mehr über die APO Bergedorf wissen will, dem sei das 2021 erschienene Buch des Historikers Dr. habil. Arne Andersen empfohlen. ISBN 978-3-942998-20-8, 14,90 Euro. Wer mehr über die APO Bergedorf wissen will, dem sei das 2021 erschienene Buch des Historikers Dr. habil. Arne Andersen empfohlen. Er beschreibt mit lokalem Fokus einen der wichtigsten Zeitabschnitte der deutschen Nachkriegsgeschichte, von dem der renommierte Publizist Heribert Prantl, meint: «Der kulturelle Umbruch von '68 war und ist der nachhaltigste Umbruch der Gesellschaft.»

Die Entstehung der Neuen Sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen zu gesellschaftspolitischen Einzelthemen erhielten ihren Ursprungsimpuls durch die APO, die eine Öffnung und Politisierung der Gesellschaft nach 1968 auslöste, und das auch in Hamburg-Bergedorf. Ein Blick auf die Biografien ehemaliger APO-Aktivisten aus Bergedorf zeigt, dass sie im Laufe der letzten 50 Jahre ihren Grundüberzeugungen treu blieben und in ihrem Einflussbereich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirkten. APO-Aktivistinnen und Aktivisten engagierten und engagieren sich u.a. in der Umweltschutz-, der Anti-Atomkraft-, der Frauen- und der Friedensbewegung.

Bergedorfs APO war für die Entwicklung meiner Sicht auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wichtig. Hier vollzog sich die entscheidende Weichenstellung meines weiteren Lebensverlaufes. Mir wurde klar, dass ich meine Weltsicht und mein Unbehagen an den gesellschaftlichen Zuständen in Deutschland und der Welt



theoretisch fundieren musste. Diese Möglichkeit bot sich mit einem integrierten sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) Hamburg. Diese Lehranstalt war eine den Gewerkschaften und der Gemeinwirtschaft nahestehende Einrichtung des zweiten Bildungsweges, an der für Nichtabiturienten die Möglichkeit eines akademischen Studiums bestand, vorausgesetzt der Bewerber schaffte die Hürde einer Begabtenprüfung. Ich nahm diese Hürde und begann im Frühjahr 1972 mit dem Studium, das ich 1975 abschloss. Dank eines Stipendiums der Hans Böckler-Stiftung und zwischenzeitlicher Eheschließung konnte ich ohne soziale Nöte sorgenfrei studieren.

Rausschmiss aus der SPD

Mein Mitwirken in der APO Bergedorf wurde von der SPD für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in dieser Partei befunden. In einem vom Amtsrichter und späteren SH-Justizminister Klaus Klingner geleiteten Ausschlussverfahren beendete man meine SPD-Mitgliedschaft. Auf welchen SPD-Beschluss man sich dabei berief, weiß ich heute nicht mehr. 2002 traf ich den zwischenzeitlichen Herrn Minister a.D. im Vorortzug von Bad Oldesloe nach Hamburg. Auch im Nachhinein nannte er den Rausschmiss „angemessen“. Unter Zugrundelegung der Regeln juristischer Mechanik mag er recht haben. Ich bin ihm nicht gram.

Hochschule für Wirtschaft und Politik / DKP

Kurz nachdem ich das Studium aufgenommen hatte, zog ich nach Hamburg um. Fortan wirkte ich in der DKP-Hochschulgruppe (HWP) und der Wohngebietsgruppe St. Georg mit. Zu der Gruppe gehörte der Karikaturist der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ und ein Schauspieler des Thalia-Theaters, der, weil er heute ein bekannter Rezipient ist, daran nicht mehr erinnert werden möchte.

Als Student war ich Mitglied des marxistischen Studentenbundes Spartakus und Vorsitzender der Gewerkschaftlichen Studentengruppe an der Hochschule sowie des Allgemeinen Studentenausschusses. Mein Schwerpunkt war die marxistische Bildungsarbeit.

Als Gewerkschafter interessierten mich insbesondere die Unternehmerverbände. Über deren Rolle und Einfluss auf die Politik beendete ich mein HWP-Studium als „Dipl.-Sozialwirt (HWP)“ und wechselte an die Universität Hamburg und von dort an die Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

4. Die Jahre 1975 bis 1983: DKP und DGB in Flörsheim am Main

Meine Frau hielt es berufsbedingt für geboten, in die Nähe des Flughafens Frankfurt/M. zu ziehen. Wir zogen in das stockkatholische und politisch tiefschwarze Flörsheim am Main, ein 10.000 Einwohner-Städtchen etwa in der Mitte zwischen Frankfurt und Wiesbaden, gegenüber von Rüsselsheim. An der Frankfurter Universität schrieb ich mich für die Fächer Soziologie und Volkswirtschaftslehre ein.

In Flörsheim am Main gab es zwei Parteien: Eine starke CDU und eine schwache SPD. Die DKP war nur auf der Ebene des Main-Taunus-Kreises vertreten. Ich kam wohl gerade zur richtigen Zeit, denn es mangelte an einem Bildungsbeauftragten im Kreisvorstand.

In meinem neuen Wohnort installierte ich ein DGB-Ortskartell, um die örtlichen Interessen der vielen hier wohnenden Opel-Arbeiter zur Geltung zu bringen. Zu den

Aktivisten gehörte ein gutes Dutzend Türken, darunter der Vater des 2017 in der Türkei inhaftierten Journalisten der WELT, Denis Yücel.

Der Ortsverein der SPD sah sich genötigt, sich in die Arbeit einzubringen, da man das Terrain nicht allein dem Kommunisten Simon überlassen wollte. Wir hatten eine Ladenimmobilie als Versammlungs- und Bildungsstätte angemietet, die auch vom Türkischen Arbeiterverein genutzt wurde. Es entfaltete sich ein reges Ortskartell mit viel Bildungs- und Beratungsarbeit und einer jährlichen 1. Mai-Feier mit gut 300 Teilnehmern.

„Mailing-Bote“ / Heimatzeitung am rechten Untermain

Mai-Feier des DGB-Ortskartells Flörsheim:

„Gegen Macht und Willkür des Kapitals“

Als Erfolg der örtlichen gewerkschaftlichen Arbeit wertete das DGB-Ortskartell Flörsheim die Feier des 1. Mai vergangenen Samstag in der Stadthalle. Verbunden mit der Feier war eine Ausstellung politischer Plakate des Grafikers Klaus Staack, dessen aggressive Darstellungen ausschließlich gegen Unternehmer und CDU gerichtet sind. Im kulturellen Rahmenprogramm sang eine Gruppe junger Leute, die Frankfurter Songgruppe, Arbeiter-Kampflieder, und der Flörsheimer Musikverein gab vor der Stadthalle ein kleines Platzkonzert. Als Mai-Redner trat der Wirtschaftswissenschaftler Professor Gerhard Kade, Darmstadt, auf, der in etwas komplizierter Art und Weise wirtschafts- und tarifpolitische Fragen behandelte.

In seiner Begrüßungsansprache sagte Flörsheims DGB-Ortskartell-Vorsitzender Walter Simon, der Erfolg der ersten und der diesjährigen Maifeier nach einem „langjährigen Dämmerenschlaf“ des DGB-Ortskartells gebe den Initiatoren dieser Veranstaltung recht. Simon nannte eine Reihe von internationalen und nationalen Ereignissen, die politischen und gesellschaftlichen Fortschritt gebracht und auch zu spürbaren Verbesserungen für die Arbeitnehmer geführt hätten. Etwa den Erweiterter Zementarbeitern sei zu ihrem „großartigen Sieg“ zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu gratulieren. Ihr Beispiel unterstreiche „die Bedeutung und Notwendigkeit des aktiven Kampfes gegen Macht und Willkür des Kapitals“.

Zu den gewerkschaftlichen Erfolgen gehörten auch die Betriebsratswahlen des vergangenen Jahres, verknüpft mit einem eindeutigen Vertrauensvotum für die Kandidaten der DGB-Gewerkschaften. Auch bei Opel oder in Flörsheimer Betrieben habe man wichtige Erfolge verbuchen können. Aber es gebe in dieser Stadt noch Unternehmer, die sich weigerten, den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes entsprechend die Wahl von Betriebsräten zuzulassen, stellte Simon fest. Er wiederholte in diesem Zusammenhang den Appell an die politischen Mandatsträger Flörsheims, öffentliche Aufträge nur noch an solche Firmen zu vergeben, die bereit seien, der Einsetzung von Betriebsräten zuzustimmen und die sich außerdem nicht dem Lehrstellenboykott der Arbeitgeberverbände angeschlossen hätten.

Als betrübliche Niederlage wertete der

andere Kräfte der politischen Reaktion“ seien zum „Frontalangriff“ gegen den wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Besitzstand der Arbeiterklasse angetreten. Den Gewerkschaften stelle sich die dringende Aufgabe, aus der Defensivposition herauszukommen. Das DGB-Ortskartell Flörsheim habe sich zu einer bedeutenden Organisation entwickelt, die vielfältige Initiativen zugunsten der Bürger entwickelt habe und weiter entwickeln werde, sagte Simon. Er verwies auf „unseren Kampf zur Gründung eines kommunalen Kinos“ und erinnerte an den offenen Brief an den Bürgermeister, endlich Maßnahmen zur Einrichtung eines solchen Kinos zu ergreifen. Daß danach ein Bedürfnis bestehe, hätten die vier kommunalen Filmveranstaltungen des DGB-Ortskartells bewiesen.

Es gebe aber noch immer Personen und Organisationen, „die uns auf vielfältige Art und Weise zu verunglimpfen und zu schikaniaieren“ versuchten. Damit meinte Simon insbesondere auch den Flörsheimer Vereinsring, der sich nach wie vor weigere, das Ortskartell als Mitglied aufzunehmen. Das Recht, das den Kirchenchören, dem Vertriebenenbund und sogar dem Handwerker- und Gewerbeverein als örtlichem Wirtschaftsverband gewährt werde, würde dem DGB als örtlicher Arbeitnehmerorganisation verweigert. Das werfe ein bedenkliches Licht auf den gesellschaftspolitischen Standort dieser Vereinsorganisation.

-nl.

7. Mai 1976

1975 bis 1977 war die Zeit der Diskussion um den Eurokommunismus und die Ausweisung des Liedermachers Wolf Biermann. Das ging nicht spurlos an der DKP vorbei. Zu meiner Parteigruppe gehörte der DKP-Parteiphilosoph Dr. Robert Steigerwald, ein in vielerlei Hinsicht beeindruckender Mensch, aber zugleich der Gralshüter der „reinen Lehre“. Ich führte harte Diskussionen mit ihm. Unabhängig von Meinungsverschiedenheiten über den real existierenden Sozialismus äußerte er hinter vorgehaltener Hand seinen Unmut über die Ostberliner Bürokraten und Opportunisten, die er für den Aufbau des Sozialismus als eigentlich ungeeignet charakterisierte.

Mein erstes Buch

Noch als Student an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität schrieb ich mein Buch „Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände“, das mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren im Pahl-Rugenstein-Verlag erschien. Leider hatte sich der Verlag für ein Cover mit einem nazibraunen Porträt des Arbeitgeberpräsidenten Hans M. Schleyer entschieden. 1977, kurz nach dem Erscheinen des Buches, wurde er ermordet. Der Verlag sah sich genötigt, die noch frische Auflage einzustampfen. Das Buch fand aber das Interesse der Russen und der DDR.

In der Sowjetunion wurde es im sogenannten Parteilehrjahr 1977 als Beitrag zur Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus Pflichtlektüre. Das bewirkte eine Riesenaufgabe von 100.000 Exemplaren. Der Dietz-Verlag in Berlin (Ost) brachte es mit dem Titel „Der Polyp“ ebenfalls mit 10.000 Exemplaren heraus. Eigentlich sollte das Buch im Aufbau-Verlag erscheinen, aber nur der SED-eigene Dietz-Verlag

verfügte über die benötigte Papiermenge. Aus den Lizenzgebühren erhielt ich ein kleines Salär von 400 DM.

5. Diplom und Promotion

1977 hielt ich mich, von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert, drei Monate in Tokio auf. Dort besuchte ich einen speziellen Kurs an der englischsprachigen Sophia-University zum Thema „Das japanische Arbeitssystem.“ Mit dem dort erworbenen Wissen bot ich zum Beginn meiner späteren Selbstständigkeit offene Veranstaltungen zum Thema „Arbeit und Wirtschaft in Japan“ an, die deutschlandweit gut besucht wurden.

An der Universität erwarb ich den Dualabschluss als Dipl. Volkswirt und Dipl. Soziologe. Prof. Gerh. Brandt, stellvertretender Direktor des Instituts für Sozialforschung, betreute meine Diplomarbeit über Unternehmerverbände. Dem schloss sich ein volkswirtschaftliches Promotionsstudium zum Dr. rer. pol. an, das ich ebenfalls in Frankfurt mit einer Arbeit über international organisierte Unternehmerverbände abschloss.

Mein Diplom- und ebenso das Dissertationsthema fand vielerorts Interesse. Man lud mich zum Vortrag an das „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“ nach Ostberlin ein. Aufgrund eines Artikels in den WSI-Mitteilungen bekundete das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB sein Interesse an einer hauptberuflichen Zusammenarbeit mit mir, was aber am Veto eines bekannten Proporzmitglieds der CDU im DGB-Bundesvorstand scheiterte. Für Gewerkschaften und Volkshochschulen war ich hessenweit als Referent tätig. Das Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung sicherte sich gegen gutes Honorar die Rechte an meiner Diplomarbeit.

Aufgrund meiner vielfältigen Publikationstätigkeit berief mich das Institut für Marxistische Studien und Forschungen in den Herausgeberkreis des jährlich erscheinenden Marxistischen Jahrbuches.

6. Die Jahre 1979 bis 1981: Berufseinstieg bei der AEG-Telefunken

Nach meinem Studium blieb mir eine Wissenschaftskarriere verwehrt. Im Klima der Berufsverbote war daran nicht zu denken. Ich bewarb mich mit meiner sozialwissenschaftlichen Qualifikation und meiner Erfahrung als Lehrbeauftragter an zwei Fachhochschulen bei verschiedenen Unternehmen für den Bereich Personal und Organisation.

Der Leiter der Abteilung Managementausbildung bei der AEG-Telefunken AG stellte mich ein. „Wir brauchen jemanden mit Ihrer Denkstruktur, der vor allem dialektisch denken kann“, erklärte er mir. „Wir trainieren vieles zwar über den Bauch, aber bei jüngeren Führungskräften muss es anteilig über den Kopf laufen.“ Das sah er bei mir gewährleistet und schon vier Wochen später war ich Mitarbeiter seiner Abteilung.



Meine Aufgabe bestand darin, ein sechsstufiges Ausbildungskonzept für den Führungsnachwuchs zu entwickeln und anschließend konzernweit zu trainieren. Mein neuer Vorgesetzter war einer der wenigen im Konzern, der die Zeichen und Notwendigkeiten der Zeit erkannt hatte. Das wussten wohl auch einige Personalberater, die ihn gezielt in den Reemtsma-Konzern abwarben. Da die AEG im Siechtum lag, hatten sie Erfolg.

Er räumte sein Büro und zog nach Hamburg. Wie üblich hatte auch er seine Widersacher im Konzern, die alte Rechnungen mit ihm nun bei mir abrechneten. Deshalb hielt ich es schon nach 18 Monaten für geboten, die AEG-Telefunken wieder zu verlassen. Es wurde immer klarer, dass auch der neue Vorstandsvorsitzende, Heinz Dürr, das Leck geschlagene Schiff nicht würde retten können. Ich machte mich als Qualitäts- und Innovationsberater selbständig. Zwischenzeitlich waren wir nach Bad Nauheim umgezogen.

Ein Erlebnis ist mir in besonderer Erinnerung geblieben. In der AEG-Telefunken gab es eine DKP-Betriebsgruppe. Aufgrund der sich abzeichnenden Insolvenz lud der Parteivorstand nach Nürnberg zu einer Strategiekonferenz ein, die der zuständige Sekretär für Wirtschaft und Soziales, Ludwig Müller, leitete. Der Konzern wurde zu diesem Zeitpunkt von der schweizerischen Unternehmensberatung Nicolas Hajek strategisch beraten.

Der Genosse Müller erklärte den Anwesenden, was zu tun sei, wenn in den kommenden Tagen die Hajek-Berater mit ihren Stoppuhren in den Werkshallen auftauchen. Mir wurde schlagartig klar, dass der ehrenwerte Genosse keine Ahnung vom modernen Kapitalismus hatte. Strategieberater vom McKinsey, Pricewaterhouse Coopers oder Hajek würden nie und nimmer Stoppuhren in die Hand nehmen und „Erbsen zählen“. Das ist der wenig anspruchsvolle Job von REFA-geschulten Mitarbeitern. Diese und andere Empfehlungen des Vorstandsgenossen gingen mangels Sachkenntnis völlig ins Leere. Aber über seinem Haupt schwebte der Heiligenschein der Düsseldorfer Parteizentrale.

7. Selbständigkeit nach 1981

Nach meinem Ausscheiden aus der AEG-Telefunken gründete ich ein kleines Beratungsunternehmen mit dem Namen Corporate University Center. Ich vermarktete zunächst meine Japan-Expertise zu dem gerade aktuell gewordenen Thema „Japanisches Arbeitssystem/Qualitätszirkel“. Meine Selbständigkeit entwickelte sich gut. Zwei Bücher mit dem Themenschwerpunkt Qualität und 10 Fachartikel beförderten meine Geschäftsentwicklung. Mit drei Großbanken, dem ZDF, Lufthansa und der BASF AG hatte ich lukrative Kunden gewonnen, die ich bis in die 1990er Jahre hinein bediente. 1996 gewann ich den Internationalen Trainingspreis in Silber für ein Corporate University-Konzept bei der Firma MINIMAX.

Unternehmensberatung = Klassenverrat?

Im Verlauf meiner Berufstätigkeit als Management- und Organisationsentwickler sowie als Qualitäts- und Innovationsberater musste ich mich wiederholt des Vorwurfs des Klassenverrats erwehren. Ich hatte keine diesbezüglichen Probleme, da sich auch Gewerkschaften und die DDR-nahen Handelsunternehmen für meine Expertise interessierten. Außerdem gibt es Unternehmensberater in vielerlei Gestalt. Ein freiberuflicher Betriebsarzt ist ebenso ein Unternehmensberater wie ein

selbstständiger Computerspezialist oder Steuerberater. Eine Organisation, egal ob im Kapitalismus oder Sozialismus, benötigt bei Bedarf Beratung, um reibungslos funktionieren zu können. Sie kann nicht alle Qualifikationen vorrätig halten, sondern muss diese bei Bedarf temporär einkaufen. Das ist im Kapitalismus nicht anders als im Sozialismus.



Unterlässt es ein Unternehmen, sich in einer Problemsituation beraten zu lassen, kann das einen Wettbewerbsnachteil mit sich bringen, von dem auch die Mitarbeiter betroffen wären. Von den möglichen Beratungsfeldern ist die unbeliebte Rationalisierungsberatung nur eine von vielen. Diese war nicht mein Metier. Die Kritik meiner ehemaligen Freunde zeigte, wie sehr ihnen der Einblick in die Funktionsabläufe des modernen Kapitalismus fehlte.

Auch einige Gewerkschaften gehörten zu meinem Kundenkreis, vornehmlich die damalige Gewerkschaft Bau, Steine, Erden und die Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten, Genuss. Ich trainierte mit Sekretären und Betriebsräten die Themen Mitgliedergewinnung, Rhetorik und persönliche Arbeitstechniken. Die Gewerkschaftsschulen in Steinbach und Niederjosbach sind mir in bester Erinnerung geblieben.

In den Jahren meiner Selbstständigkeit, etwa bis 2010, trainierte ich rund 10.000 Teilnehmer*innen in rund 1.500 Seminaren. Namhafte Groß- und mittlere Unternehmen gehörten zu meinen Kunden. Unternehmen aus den neuen Bundesländern, hier insbesondere aus der Wohnungswirtschaft, beriet ich beim Übergang in die Marktwirtschaft.

Einige meiner ehemaligen Studienkollegen aus der DKP-Hochschulgruppe saßen inzwischen auf den Chefstühlen von Unternehmen mit starker Affinität zur DDR-Wirtschaft, so die Melcher GmbH in Elmshorn, Hansa Tourist in Hamburg und Intema in Essen. Das führte zu Beratungs- und Schulungsaufträgen in diesen Unternehmen. Im Nachhinein bekräftigte ich mein früheres Urteil über die leistungs- und mitarbeiterorientierte Unternehmensführung des Managements. In diesen Kreisen war es üblich, die Partner in DDR-Kundenbetrieben als Holz- und Betonköpfe zu persiflieren. Erst nach der Wende 1989 erfuhr ich aus dem SPIEGEL, welche der Führungskräfte in den Westbetrieben der DDR im Auftrag des BND tätig waren und dass auch unsaubere Geschäfte im Interesse der DDR abgewickelt wurden.

Kontakt zu Prof. Manfred von Ardenne

Der Kontakt zur Melcher GmbH brachte es mit sich, dass ich mich mit dem vom DDR-Außenhandel abgesandten Handelsattaché Klaus G. anfreundete. Der Mann war zuvor DDR-Handelsattaché in Rumänien und Jugoslawien. Trotz seiner obligatorischen Mitgliedschaft in der SED hielt er mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg.

Als Außenhandelsdiplomate war er der offizielle Kontaktmann zu bundesrepublikanischen Großkonzernen. Er wusste, dass ich mich mit dem Thema Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie nach Prof. von Ardenne beschäftigte und Inhaber der Warenzeichen „Sauerstoff-Dreischritt-Therapie“ und „Ardennomat“ war. Das erschien ihm interessant. So kam es zu einer Gesprächseinladung mit Manfred von Ardenne in dessen Villa auf dem Weißen Hirsch in Dresden. In einem kurzen Vorgespräch mit

dessen Schwiegersohn Prof. Schiller (Stasi IM) erklärte mir dieser: „Wenn Sie meinem Schwiegervater den Nobelpreis für Physik besorgen, stehen Ihnen hier alle Türen offen.“ Ich setze hier Ardennes bahnbrechende Erfindungen im Bereich der Physik, u.a. das Elektronenmikroskop und die Kathodenstrahlröhre und sein Mitwirken am Bau der ersten sowjetischen Atombombe, als bekannt voraus.

Mein Vermarktungsvorschlag der Sauerstoff-Dreischritt-Therapie in Verbindung mit einem Sauerstoffkonzentrator namens Ardennomat gefiel ihm, zumal Westfirmen mit dem Namen seiner Therapie geschäftlich unterwegs waren. Aber die industrielle Fertigung eines Sauerstoffkonzentrators hielt er unter den gegebenen Verhältnissen der DDR-Wirtschaft für schwierig. Originalton: „Der Honecker ist hierfür kein Partner. Die in Berlin produzieren lieber Kochtöpfe für Afrika als Spitzentechnologie. Unter Ulbricht wäre es möglich gewesen.“

Vier Wochen nach meiner Rückkehr besuchten mich zwei Außenhändler der DDR. Sie berichteten, dass es schwer sei, mit Prof. von Ardenne ein solches Projekt zu realisieren. Er sei deswegen bereits mit seinen Freunden Kurt A. Körber, Erwin Braun und Heinz Nixdorf im Gespräch, aber leider nicht im Sinne des Außenhandels steuerbar. Manfred von Ardenne hatte in der DDR eine Art Narrenfreiheit. Weil er 1953 nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion nicht in den Westen abgewandert war, genoss er das Vertrauen bis in die Staatsspitze. Er war der Chef eines privaten Forschungslabors in Dresden mit 500 hochqualifizierten Mitarbeitern.

Mein Freund der Überläufer: Im Geheimdienst-Sumpf

Der Kontakt zu meinem Freund Klaus G. brach abrupt ab, als ich eines morgens in der BILD-Zeitung diese Meldung las: „DDR-Diplomat wechselt die Seiten.“ Was war geschehen? Sein Sohn, ein Spitzentänzer der DDR, erhielt irrtümlich eine Reisegenehmigung für einen Auftritt in Saarbrücken. Er war sozusagen das Faustpfand für die Republiktreue seiner Eltern, denn beide hielten sich im Westen auf. Nun waren alle drei Familienmitglieder im Westen. So war es möglich, problemfrei die Seiten zu wechseln, was insgeheim wohl schon häufiger angedacht worden war.

Etwa fünf Jahre später, das war nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, meldete sich Klaus G. telefonisch bei mir. Wir trafen uns in Königstein/Taunus. Er berichtete mir, dass er vom BND etwa drei Monate lang in Lindau untergebracht war und dort täglich zum Verhör nach Pullach verbracht wurde. Als der BND mit seiner Aushorchung fertig war, kamen die Amerikaner zum Weiterhören. Anschließend erhielt er eine neue Identität, wurde schweizer Staatsbürger und trat im Kanton St. Gallen in die Dienste des Daimler Konzerns.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems nahm er wieder seinen ursprünglichen Namen an und ließ sich als Finanzberater in Gibraltar nieder. Das ist bekanntlich ein Finanzplatz und eine Steueroase, noch diskreter als die Schweiz. Nach der Wende verschwanden erhebliche Kapitalbestände der DDR-Wirtschaft im Nichts. Die Ex-Insider und geheimen Konteninhaber hatten wohl Beratungsbedarf. Da könnte der geflüchtete Genosse Klaus G. mit seiner Expertise genau der Richtige gewesen sein. Honi soit qui mal y pense (Ein Schelm ist, wer an dieser Stelle Schlechtes denkt). Ich weiß jedenfalls, dass er richtig dachte, denn binnen kürzester Zeit war er Mitinhaber einer Heizkörperfabrik in Moskau, vieler Glücksspielautomaten in den baltischen Staaten und Inhaber (Strohmann) eines Weingutes in Südafrika. Wahrscheinlich waren es Altkontakte, die ihm Eintritt in den chinesischen Markt ermöglichten und ihm eine Professur ohne Lehrverpflichtung irgendwo in China verschafften.

Etwa 1991 informierte ich Klaus G. darüber, dass ich meine Akte bei der Stasi-Unterlagenbehörde des Herrn Gauck einzusehen gedenke. Er erklärte mir: „Da steht nichts Schlechtes über Dich drin.“ Ich verstand und bedankte mich für seine Freundlichkeit.

Nach 1995 ließ er seine Kontakte zu mir einfrieren. Ich vermute, das geschah aufgrund einer Empfehlung aus dem nachrichtendienstlichen Äther. 2007 tauchte sein Name im Zusammenhang mit dem stillgelegten Flughafen Parchim wiederholt in der Presse auf. Ein chinesischer Investor kaufte das 1989 von der Roten Armee genutzte Flugfeld, um dort das „Große Drehkreuz im Warenverkehr zwischen China und Europa“ zu errichten. Klaus G. fungierte als Berater des Chinesen und Kontaktmann zu den deutschen Behörden. Er versprach der Öffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern einen regen Flugverkehr zwischen Deutschland und China an diesem Standort. Dieser erwies sich als träge, nicht als rege. Der Chinese blieb den größten Teil des Kaufpreises schuldig. Millionen Euro des Steuerzahlers zur technischen Herrichtung des „Baltic Airport“ wurden in diese Luftnummer versenkt. 2018 erfolgte der Absturz in die Pleite. Der Chinese und sein Berater Klaus G. blieben unauffindbar.

8. Dr. Karl F. Pfannenschwarz: Ein besonderer Fall der DKP-Historie

In meinem neuen Wohnort Bad Nauheim gab es keine DKP-Gruppierung. Hier residierte in einer stattlichen 10 Zimmer-Villa der „DKP-Hofjurist“ Dr. Karl P. Pfannenschwarz. Er war in den 1950er-Jahren führender Funktionär der Freien Deutschen Jugend (West), die 1954 verboten wurde. Um der Strafverfolgung zu entgehen, emigrierte er in die DDR. Dort arbeitete er in der Kanzlei des „Starjuristen“ (Der Spiegel) Karl-Friedrich Kaul, der u.a. im Frankfurter Auschwitz-Prozess als Nebenkläger auftrat.

Im Rahmen der deutsch-deutschen Verhandlungen zwischen Egon Bahr und dem DDR-Chefunterhändler Michael Kohl wurde der DDR zugestanden, einen Juristen aus „eigenem Stall“ in der Bundesrepublik mit allen Rechten zu platzieren. Das Los fiel auf Dr. Karl P. Pfannenschwarz. Er wählte Bad Nauheim als Wohn- und Arbeitsort. Über sein Büro liefen strittige Handelssachen, aber auch Regelungen im Zusammenhang mit Spionageaktivitäten beider Seiten. Außerdem war er Repräsentant der Münex, der staatlichen Münzagentur der DDR. Die Münex beschäftigte pro forma zwei oder drei Außendienstmitarbeiter, wobei es sich in Wahrheit um DKP-Funktionäre aus dem Raum Mörfelden/Walldorf handelte, die dort parlamentarische Kommunalmandate innehatten. Diese Mandate waren wegen der sich abzeichnenden Auseinandersetzungen um die „Startbahn West“ des Rhein-Main-Flughafens wichtig.

Mich bewegt heute noch die Frage, was aus dem Inhalt des großen Geldschranks wurde, in dem die DDR-Sammlermünzen der Münex lagerten. Pfannenschwarz bezifferte deren Wert mir gegenüber mit fünf Millionen D-Mark. Nachdem die DDR nicht mehr existierte, vervielfachte sich der Wert dieser Münzen. Wusste die Treuhandanstalt von der Existenz der Firma Münex und vom Inhalt dieses Tresors? Ich frage nicht weiter, um keine schlafenden Hunde zu wecken. Es wäre denkbar, dass aus dem DKP-Hofjuristen Pfannenschwarz über Nacht ein Mehrfachmillionär wurde.

Pfannenschwarz war, so wie ich auch, Mitglied des DKP-Kreisverbandes Wetterau. Hin und wieder tauchte sein Name in der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ im

Zusammenhang mit Berufsverbotsfällen auf. Das war die unumgängliche Marktpflege seines Namens gegenüber der DKP und seinen Auftraggebern in Ostberlin.

Der Genosse Parteijurist bat mich wiederholt um meinen Rat. Ich war wohl der einzige im kleinen DKP-Kreisverband, den er akzeptierte. Im Kreise des Bad Nauheimer Jagdklubs fühlte er sich wohler. Gern berichtete er über seine Jagderlebnisse auf Hochsitzen mit osteuropäischen Ministern. Originalton: „Walter, ich erlegte in nur fünf Minuten zwei Eber, einen Hirsch und drei Hasen.“ Er hatte ein inniges Verhältnis zu grusinischem Cognac und zu seiner Sammlung aufgespickter Schmetterlinge, die im Treppenhaus aushing. Man darf ihn mit Fug und Recht als Schürzenjäger bezeichnen. Das Klassenbewusstsein weiblicher Parteimitglieder maß er daran, ob sie seinen Saunaeinladungen folgten. Seine Tochter Carola besuchte, dem Stand der Familie entsprechend, ein privates Gymnasium im Eczeller Schloss.

Sein vertrauensvolles Verhältnis zum DDR-Staatshandel brachte es mit sich, dass er nach dem Umsturz in der DDR den verdeckt arbeitenden Devisenbeschaffer und Stasi-Oberst Alexander Schalck-Golodkowski kurzzeitig in seiner Villa beherbergte. Auf dem Territorium der DDR konnte sich dieser Honecker-Vertraute nicht mehr blicken lassen und erst recht nicht in Ostberlin. Eines Morgens rief mich Pfannenschwarz an und bat mich, an einem Gespräch mit Schalck-Golodkowski teilzunehmen. Ich lehnte dieses ab, da ich keinerlei Kontakt zu diesem „Edelkommunisten“ haben wollte und sicher war, dass er observiert wurde.

Nach der Wende siedelte Pfannenschwarz nach Dolgenbrodt nahe bei Berlin um, wo er nach der Wende 1989 zunächst als Strafverteidiger für DDR-Spitzenfunktionäre wirkte, so für den einstigen DDR-Innenminister Friedrich Dickel. Seinen Lebensstandard konnte er wohl halten, denn er bezog die Villa seines Mandanten Dickel am romantischen Dolgensee südlich von Berlin. Er wurde Bürgermeister und stellte sich als Strafverteidiger auf die Seite der Bevölkerung, als diese dem Geist der Zeit folgend die Brandstiftung in einem Ausländerheim bejubelte. Seine Villa lag direkt neben diesem Ausländerheim.

Die Bekanntschaft mit ihm gab mir tiefe Einblicke in das Geschehen hinter den Kulissen. Sie trug nicht dazu bei, mein Verhältnis zur Partei aufzuhellen. Der Mensch Pfannenschwarz wäre Stoff für ein gesondertes, aber wenig erfreuliches Kapitel über die Geschichte der DKP. Als er 2014 verstarb, wurde er im Nachruf der LINKEN des Landkreises Dahme-Spreewald als vorbildlicher Sozialist gewürdigt. Seine Ex-Genossen im Wetteraukreis und ich haben ihn eher in anderer Erinnerung.

Etwa ein Jahr nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems bat DER SPIEGEL um ein Gespräch mit mir. Der Redakteur B. recherchierte nach dem Verbleib der SED-Gelder. Wie er mir sagte, könne man mich einschätzen und glaube, ich sei ein „aufrechter“ Linker. Sein spezielles Interesse galt Pfannenschwarz'ens Rolle im Zusammenhang mit vermeintlichen Drogentransporten von Rotterdam nach Teheran. Es sollte Hinweise geben, dass hierzu Lastwagen der DDR-Spedition DEUTRANS genutzt wurden. Pfannenschwarz war qua Amt zugleich BRD-Justitiar der DEUTRANS. Gab es Probleme mit LKW-Fahrern, beispielsweise Alkohol am Steuer, begaben sich seine bundesweit niedergelassenen Partneranwälte unverzüglich zu diesen Fahrern, noch bevor sie vom BND aufgesucht, befragt oder gar angeworben werden konnten. Pfannenschwarz verfügte immer über genug Barmittel im Büro, um die Fahrer mit Kautionen schnellstmöglich frei zu bekommen. Ich konnte dem SPIEGEL in dieser Sache nicht dienlich sein.

9. Gründung der Gesellschaft für Absatz und Produktion mbH

Mit zwei weiteren Genossen gründete ich Anfang 1983 mit Sitz in Hamburg ein Unternehmen, mit dem wir uns ein Stück vom Kuchen des florierenden Ost-West-Handels sichern wollten. Der Genosse H.O. wurde Geschäftsführer, der Genosse G.R. und ich selbst blieben geldgebende Gesellschafter.

Das Geschäft entwickelte sich gut. Wir vermittelten Lohnaufträge an DDR-Betriebe, verkauften Lehrmittel aus der DDR in arabische Länder und boten uns als beratende Problemlöser an. Aber leider ging die Gesellschaft für Absatz und Produktion m.b.H. den Bach herunter, wie man es umgangssprachlich ausdrückt. Unser Geschäftsführer war zwar ein redegewandter Genosse, aber erwies sich als schludriger Kaufmann, der viel von Marx, aber wenig von Soll und Haben verstand und das Firmenkonto mit seinem Portemonnaie verwechselte.

Wir versuchten den Niedergang der Firma aufzuhalten, indem wir uns um die Akzeptanz als offizieller Handelspartner der DDR im Rahmen der Außenhandels-Dachorganisation „Kommerzielle Koordination“ bemühten. Hier waren alle westlichen Partnerunternehmen der DDR eingetaktet. Den Namen Schalck-Golodkowski kannten wir damals noch nicht und wussten auch nichts über die sonstigen dubiosen Geschäfte dieser Organisation.

Das aber misslang, denn uns fehlten die Verbindungen oder wir erschienen als politisch nicht zuverlässig genug. Meine 25.000 DM-Einlage als Gesellschafter der GAP mbH war somit verloren. Hinzu kam eine persönliche 20.000 DM-Bürgschaft für einen Start-up-Kredit, die von der Bank nach der Insolvenz eingefordert wurde.

Im Zusammenhang mit der Aktivität der Gesellschaft für Absatz und Produktion leitete die US-Zollbehörde gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Exportverbot von High-Tech-Gütern in den Ostblock (Cocom-Bestimmungen) und bat die bundesdeutschen Behörden um Rechtshilfe. Es ging um den angeblichen Verkauf von 8-Bit-Prozessoren nach Vietnam. Den deutschen Ermittlern war dieses Anliegen ihrer amerikanischen Kollegen peinlich, denn die Entwicklung war längst bei 16-Bit angelangt. 8-Bit-Prozessoren hatten höchstens noch Schrottwert. Es kam nie zu einem Ermittlungs- bzw. Strafverfahren. In Wahrheit hatten wir, und das war nicht verboten, einfache IBM-PCs der ersten Generation nach Vietnam verkauft.

Es würde den Rahmen dieses Berichts sprengen, mehr solche „erheiternde“ Geschichten zu beschreiben, obwohl es dem Gemüt des Lesers gut täte. Der Stoff reicht für ein ganzes Buch.

10. 1986: DKP ade, scheiden tat nicht weh

Um 1985 herum brachte Michael Gorbatschow die Begriffe Glasnost und Perestroika in die politische Diskussion ein. Das waren Sammelbegriffe für Offenheit, Transparenz und Öffentlichkeit, für Selbstverwaltung des Volkes und die Vertiefung der sozialistischen Demokratie. Bis dato galt die Sowjetunion, so wie sie war, als Modell für alle sozialistischen Staaten und solche, die es werden wollten.

Seine Ideen fielen bei der Mehrheit der DKP-Mitglieder auf fruchtbaren Boden. Man hoffte u.a. auf eine attraktivere Realität des existierenden Sozialismus, insbesondere

in der DDR. Sie mussten die Kritik an den Verhältnissen einstecken und deuteten diese als unangenehme und temporäre Erscheinungen im globalen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Natürlich hatten wir alle erhebliche „Bauchschmerzen“ mit den Umweltsünden der DDR und dem Schusswaffengebrauch an der Staatsgrenze. Aber uns war auch die komplizierte Situation in Nachbarschaft zur ökonomisch besser gestellten BRD bewusst, die zu demokratischen Restriktionen und zur Einschränkung der Reisefreiheit führte. Das Bild von der DDR war eingetrübt oder ganz und gar vom Anti-Kommunismus geprägt.

Wir wollten den Sozialismus, zwar nicht so wie in der DDR, aber wir wollten auch dieses Häppchen Realsozialismus erhalten. Für den antikolonialen Befreiungskampf nach dem Zweiten Weltkrieg war das sozialistische Weltsystem ein unterstützender Partner. Wer wollte den schon verlieren.

Das wurde mit der Katastrophe in Tschernobyl 1986 besonders deutlich, als der Chefredakteur der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“, Georg Polikeit, schrieb, dass es sich bei dem Reaktorunglück um einen bedauerlichen Zwischenfall der ansonsten sicheren Kernkraftwerke sowjetischer Bauart handele. Sie seien normalerweise sicher, weil sie sich im Volkseigentum befänden. Dagegen seien die bundesdeutschen Kernkraftwerke gefährdet, weil sie profitgierigen Energiekonzernen gehörten. Da platzte vielen der Genossinnen und Genossen der Kragen. Man fühlte sich für dumm verkauft. Zeitgleich stand die Perestroika-Diskussion auch in der DKP in voller Blüte. Was damals über Tschernobyl und Perestroika in der Zeitung „Unsere Zeit“ stand, war die Meinung der Parteispitze oder die der SED-„Ratgeber“, aber nicht die der überwiegend jungen und kritischen Mitgliedschaft. Spätestens jetzt verabschiedete sich die Mitgliedschaft.

Friedensbewegung als größter politischer Erfolg der kleinen Partei.⁴ Der Einfluss der DKP in der Friedensbewegung, verbunden mit vielen Kontakten zu Nicht-Kommunisten, führte langfristig aber zu einer Destabilisierung der Partei. Für Georg Fülberth, als Politikprofessor in Marburg einer der intellektuellen Aushängeschilder der DKP, markierte die Friedensbewegung eher den Niedergang der DKP, da die Parteimitglieder in offenen Diskussionen neue intellektuelle Anregungen erhielten.⁵ Dadurch wuchs eine kritische Strömung in der Partei, die sich nach dem Parteitag 1986, als es unter dem Eindruck des Reaktorunglücks in Tschernobyl zu bisher ungewohnten Auseinandersetzungen kam, als »Erneuerer-Strömung« zu sammeln begann und sich 1989 organisierte. Damit kündigte sie das leninistische Fraktionsverbot in einer kommunistischen Partei auf. Ein wichtiger Impuls waren auch die im Zuge der Perestroika aufkommenden Diskussionen um stalinistische Verbrechen, die in der Partei lange Zeit als Propaganda abgetan wurden. Zwar behielten die dogmatischen Traditionalisten, meist als »Bewahrer« bezeichnet, die Mehrheit in den Gremien der Partei, aber Mitte 1989, als die Erneuerer verloren hatten, befand sich die DKP faktisch in der Auflösung. Der Todesstoß kam mit dem Zusammenbruch der DDR und den ausbleibenden finanziellen Transfers. Das Parteiimperium mit eigenen Druckereien, Buchhandlungen, Parteischulen und dem hauptamtlichen Parteiapparat zerfiel; übrig blieb ein Rest von rund zehn Prozent der früheren Mitglieder, häufig aus traditionell kommunistisch eingestellten Familien stammend. Die Begründung für ihren Fortbestand war, dass eine revolutionäre und marxistische Perspektive aus Prinzip aufrechtzuhalten sei.⁶

JHK 2014 | Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung | Seite 29-46 | Metropol Verlag, Autor/in: Knud Andresen

11. 1990 bis heute: Bad Nauheim – Kommunalpolitisches Solo

Nach meinem Umzug von Flörsheim am Main nach Bad Nauheim war ich zunächst in der DKP-Gruppe Wetterau aktiv. Das änderte sich mit dem Niedergang des Sozialismus und dem Abgang der DKP von der politischen Bühne. Der DKP-Jurist und Vor-Ort-Anwalt der DDR, Karl Pfannenschwarz, wurde nach Berlin abgerufen. Dort hatten die obersten Ränge der SED im Hinblick auf eventuelle Strafverfahren Bedarf an einem Advokaten ihres Vertrauens. Als Wirtschaftsjurist war er zugleich der richtige Mann für die interne Abwicklung von Betrieben und Außenhandelsunternehmen, noch bevor die Treuhand die Unternehmen mit Kassen und Konten vereinnahmte.

Ich selbst meldete mich von meiner Wetterauer Gruppe ab und verschwand im Nirwana. Ein Austritt mit abschließender Schmutzwäsche schied aus. Das wollte ich meinen langjährigen antikommunistischen Widersachern nicht gönnen. Ein Eintritt in die Partei DIE LINKE kam für mich aus vielerlei Gründen nicht in Frage. Meine Erfahrungen mit der DKP wirkten nach. Ideologisch stehe ich heute Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine nahe. Gysi war für mich zu viel Showman. Den heutigen Parteiführern Kipping und Rixinger fehlt die Persönlichkeit für ihr Amt.

Die Schlussphase der DDR wirkte natürlich auf die Parteipsyche der DKP, der das Fundament wegzubrechen drohte. Im Kontakt oder im Einvernehmen wurde versucht, noch Wertiges zu versilbern, insbesondere Immobilien. Mir wurde der Kauf des Hotels Unter den Linden für eine symbolische Mark angeboten. Es gab noch keine Treuhandanstalt. Wahrscheinlich wäre nachträglich eine verkehrs- oder realwertbasierte Grunderwerbssteuer erhoben worden, die ich nicht hätte zahlen können. Außerdem beschäftigte das Hotel zwölf Heizer, die 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, Briketts in den Brenner schaufelten. Damalige Kosten pro Monat: 25.000 bis 30.000 DM. Ein weiteres Angebot betraf ein ehemaliges FDJ-Hotel gegenüber Königstein in der Sächsischen Schweiz. Dann folgten Offerten aus der Tschechoslowakei: Hotels, Schlösser und Bürogebäude in der Prager Innenstadt. Damit nicht genug: Man bot mir die Vermarktung seltener Metalle aus dubiosen Quellen der UdSSR an. Das alles war der Versuch, sozialistisches Eigentum zum Nutzen derer, die noch für kurze Zeit den Daumen darauf hatten, wieder zu privatisieren. Später kamen dann die von der Treuhand legitimierten Privatiers.

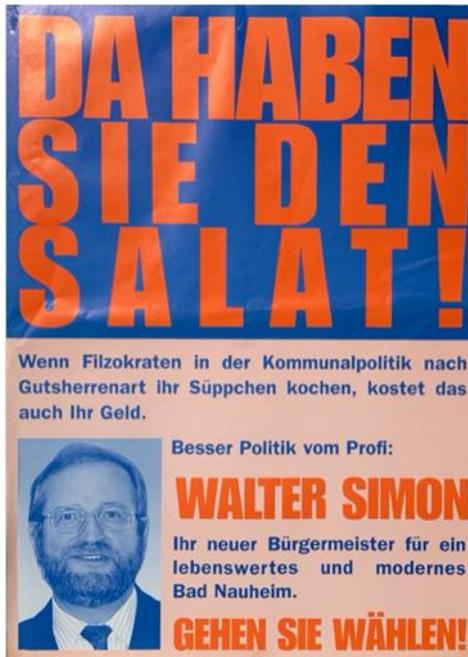
Nach 1989 wechselte ich in die Rolle des kommunalpolitischen Solisten. Mit vielen Leserbriefen mischte ich mich in das örtliche Geschehen ein. Die Themen reichten von der Agenda 21 über die Privatisierung des Staatsbades bis hin zum nie stattgefundenen Neubau einer Therme. In meinem Buch „Das Bad Nauheim Desaster – die unendliche Geschichte seines Thermalbades“ persiflierte ich das Versagen der Ortspolitik. Von nachhaltiger Wirkung war mein Engagement gegen eine exorbitante Erhöhung der



Straßenreinigungsgebühren und der Grundsteuer im Jahre 2014. Ich verklagte die Stadt wegen Gebührenerdrosselung bis hoch zum Hessischen Staatsgerichtshof in Kassel. Demonstrationen hatte man in der ansonsten eher betulichen Kurstadt bisher nicht erlebt. Mit dem Go-in in eine Parlamentssitzung war eine rote Linie überschritten. Ein zugewanderter Rädelsführer hatte brave Bürger verführt.

Zwei Bürgermeisterkandidaturen: 2000 und 2005

2000 trat ich als parteiloser Kandidat zur Bürgermeisterwahl an. Wahlkämpfe als eine Phase erhöhter Aufmerksamkeit des Wählers sind immer eine gute Gelegenheit, eigene Vorstellungen bekannt zu machen. Das war der Grund meiner Kandidatur,



obwohl ich meine Chancen als hamburgischer Migrant realistisch einschätzte. Das abgebildete Wahlplakat legte Zeugnis von meiner APO-Prägung ab (siehe Abbildung). Wildgewordene Kleinbürger erzürnten sich in Leserbriefen über den Stil meines Auftritts.

Es gab sogar einen von engagierten Proforma-Demokraten unterschriebenen Brief an das Kulturministerium, mir wegen despektierlichen Verhaltens gegenüber parlamentarischen Mandatsträgern alle akademischen Titel abzuerkennen. Die Parteien beklagten das Eindringen eines Auswärtigen ohne Parteibuch in ihre Sphäre. Die Wahlarithmetik wurde beeinträchtigt, denn mit den Stimmanteilen bei einer Bürgermeisterwahl entscheidet sich auch, wer Erster Stadtrat wird. Ich kam mit einem Mitteleinsatz von nur 5.000 Euro auf sieben

Prozent Stimmenanteil.

Fünf Jahre später trat ich erneut als parteiloser Kandidat zur Bürgermeisterwahl an und brachte es mit einem Investment von 2.000 Euro auf fünf Prozent Stimmenanteil. CDU und SPD führten eine aufwendige Materialschlacht. Besonders der SPD war daran gelegen, ihren „Supermann“ durchzubringen. 90.000 Euro flossen in seinen Wahlkampf, aber leider ohne Erfolg. Obendrein erwies sich der SPD-Messias als pädophiler Sexualstraftäter, der seine eigene Tochter missbrauchte. Er wanderte in den Strafvollzug und wurde nicht mehr gesehen. Eine dritte Kandidatur kam altersbedingt nicht mehr in Frage.

12. Die Jahre 1996 bis 2002: Universität und Hochschulen

Am Rande einer Konferenz der Gesellschaft für Arbeitsmethodik e.V., deren stellvertretender Bundesvorsitzender ich von 1990 bis 1994 war, sprach mich der bekannte Trainer für Zeitmanagement Prof. Dr. Lothar Seiwert an. Er fragte, ob ich mir eine Tätigkeit als BWL-Hochschullehrer in Wiesbaden für die Fächer Unternehmensführung und Human Resources Management vorstellen könne. Falls ja, möge ich mich bewerben. Das geschah und ich wurde für die Dauer von fünf Jahren auf den vakanten Lehrstuhl berufen. Da ich zuvor zwei Semester als Gastprofessor das Thema „Schlüsselqualifikationen“ an der State University of Wisconsin gelehrt hatte gestaltete sich die Berufung problemlos.

Was die BWL-Studenten anbelangte, so waren diese das krasse Gegenteil von dem, wie ich meine ehemaligen Kommilitonen erlebte. Mein Angebot, als Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung zu wirken, scheiterte am Nichtvorhandensein von Stipendiaten. Dennoch, der Kontakt zur Jugend hielt mich selbst weiterhin jung. Nach dem Ende meines Vertrages nahm ich Lehraufträge an der Steinbeis-Universität Berlin, der Mittelhessischen Hochschule und dem An-Institut TAS der Universität Kaiserslautern wahr, für die ich auch jetzt noch im Bereich Projektmanagement tätig bin.

Während meiner akademischen Laufbahn schrieb ich 20 Management-Fachbücher und etwa 150 Fachartikel. Gegenwärtig bearbeite ich das Thema „Gesellschaftliche Wirkungen der Künstlichen Intelligenz“. Mein diesbezügliches Buch erlebt gegenwärtig (3/2020) die dritte Auflage.

13. APO heute, noch immer ein Fall für den Verfassungsschutz

Im Zusammenhang mit dieser Biografie und einer Darstellung der Geschichte der APO Bergedorf beantragte ich im Januar 2020 Einsichtnahme in das Hamburger Staatsarchiv. Für eine sachgerechte Darstellung erschien es mir notwendig, alle verfügbaren Quellen zu erschließen. Leider endet hier die Wissenschaftsfreiheit und das Interesse an der hamburgischen Geschichte. Es geht offensichtlich um den Schutz der auf die APO angesetzten Staatsspitze. Auch anderen ehemaligen APO-Aktivisten wurde die Einsichtnahme verweigert.

Aktenzeichen: 276/2020

Betr.: Antrag auf Einsichtnahme

Bez.: Ihr Schreiben vom 14. Januar 2020

Sehr geehrter Herr Professor Simon,
vielen Dank für Ihre Anfrage vom 14. Januar 2020.

Unterlagen des Hamburger Staatsschutzes aus der Zeit von ca. 1945 bis 2000 werden im Staatsarchiv Hamburg im Bestand *331-4 Polizei – Staatsschutz* verwahrt. Dieser ist bisher noch nicht abschließend bearbeitet und daher auch nicht vollständig in unserer Datenbank erschlossen, sodass eine personenscharfe Recherche derzeit nicht möglich ist. Darüber hinaus sind in dem Bestand teilweise Unterlagen enthalten, die als Verschlussachen (VS) eingestuft sind und daher nicht ohne umfangreiche Prüfungen zugänglich gemacht werden können. Wir bitten daher um Ihr Verständnis, dass eine Einsichtnahme in die Unterlagen des Hamburger Staatsschutzes zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht ermöglicht werden kann.

Eine Namenssuche innerhalb aller recherchierbaren Bestände ergab jedoch einige Treffer für „Walter Simon“ im Bestand *241-1 II Justizverwaltung II*: Unter den Signaturen *241-1 II_195*, *241-1 II_197* und *241-1 II_216* befinden sich drei Akten, die sowohl vom zeitlichen als auch inhaltlichen Kontext mit hoher Wahrscheinlichkeit in Bezug zu Ihnen stehen könnten. ... Da die für Sie ermittelten Akten jedoch personenbezogene Angaben weiterer eventuell noch lebender Personen enthalten, unterliegen sie Schutzfristen gemäß § 5 des Hamburgischen Archivgesetzes (HmbArchG). Für eine Einsichtnahme muss daher ein Antrag auf Schutzfristenverkürzung gestellt werden, über welchen das Staatsarchiv dann separat entscheidet.

13. Was ist geblieben?

In meiner Jugend war ich Mitglied der SPD, anschließend in der APO aktiv und nach deren Auflösung DKP-Aktivist. Nach Glasnost und Tschernobyl verspürte ich keine Neigung, mich nochmals mit einer Mitgliedschaft zu binden, selbst nicht in der Partei

DIE LINKE, der ich politisch am nächsten stand. Daraus folgte aber keine politische Abstinenz, wie aus den vorherigen Ausführungen hervorgeht.

Welche grundsätzlichen politischen und weltanschaulichen Positionen nehme ich heute, 50 Jahre nach meinem APO-Engagement und 30 Jahre nach meiner DKP-Mitgliedschaft, ein?

Prinzipiell hat sich an meinem Denken, an meiner Weltsicht und Haltung wenig verändert. Was den wissenschaftstheoretischen Bereich angeht, so orientiere ich mich mit dialektischer Perspektive weiterhin an der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung. Die Frankfurter Schule hat ebenso auf mich eingewirkt wie undogmatische, aber auch orthodoxe Richtungen des Marxismus. Die sich daraus ergebende Grundauffassung ist weniger homogen als damals. Andere Denksysteme wurden integriert, vor allem die Systemtheorie und der Wissenschaftliche Realismus.

Als Sozialist fühle ich mich dem Humanismus und dem Atheismus verpflichtet. Daraus ergibt sich mein antirassistisches, antikapitalistisches und antiesoterisches Engagement. Ich wähle DIE LINKE, bin aber kein Mitglied. Die Initiative „Aufstehen“ von Sarah Wagenknecht hatte ich unterzeichnet und nahm zweimal an dem Regionalmeeting in Frankfurt am Main teil. Ein drittes und weiteres Mal blieb ich der Initiative fern. Der „Haufen“ war mir einfach zu wirrköpfig und chaotisch. Er bewegte sich, so zumindest in Frankfurt am Main, außerhalb des Gründungsdokuments.

Sozialist zu sein kann nach den vorliegenden historischen Erfahrungen nicht mehr bedeuten, für ein planwirtschaftliches System unter Führung der Partei der Arbeiterklasse zu wirken. Dieses wäre nicht in der Lage, volkswirtschaftliche Komplexität zu steuern und Ungerechtigkeit in der Verteilung zu beseitigen. An die Stelle der Arbeiterklasse sind andere Schichten getreten.



Sozialist zu sein beinhaltet die Pflicht die Staatsführungen von und China und Russland als repressiv und antidemokratisch zu brandmarken. Von Russland lernen heißt nicht mehr siegen, sondern verlieren lernen. An die Stelle des Stalinismus ist der Putinismus getreten. Der oligarchische sino-russische Kapitalismus ist ein rückwärtsgewandtes System. Der reale, etwa 1990 existierende Sozialismus, hat das Vertrauen großer Teile der 1968er-Bewegung verloren. Die Kritik an den Auswüchsen des amerikanischen Kapitalismus gilt analog für Russland und China. Leider fehlt es einer gesellschaftlich überzeugenden und Visionen auslösenden Alternative zum Kapitalismus.

Der Kapitalismus, so wie er sich heute präsentiert, wird nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Die Gleichung Kapitalismus + Demokratie =

Wohlstand geht nicht auf. Das zeigt die ungleiche Verteilung des Weltvermögens. Der Kapitalismus steht am Scheideweg und wird zukünftig durch die Entwicklung Chinas

und durch die Künstliche Intelligenz geprägt. Infolgedessen wird auch der amerikanischen Radikalkapitalismus unter die Räder kommen.

Mir schwebt ein Wirtschaftssystem vor, das der Idee des Sozialismus am ehesten entspricht, aber seine Nachteile vermeidet. Diese Quadratur des Kreises müsste ein wie auch immer geartetes System sein, das Chancengleichheit garantiert, die weltweite Ungleichheit zwischen arm und reich beseitigt und ein neues Verhältnis zu Natur und Umwelt findet. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Mein besonderes Interesse gilt dem Thema Künstliche Intelligenz, hier insbesondere der Frage nach den Folgen zunehmender Digitalisierung und Demokratie. Diesen Aspekt habe ich in meinem Buch „Digitale Intelligenz – Das Wichtigste, was Du wissen musst?“ besonders gewichtet. Das Buch erschien im April 2021 in dritter Auflage. Ich meine, uns droht keine Gefahr von Putin & Co, eher vom GAFAM-Komplex (Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft). Was uns die Chinesen bescheren wissen wir noch nicht.

Bad Nauheim im Mai 2021

A handwritten signature in black ink, reading "Walter Gierer". The signature is written in a cursive, flowing style. The name "Walter" is written in a larger, more prominent script, while "Gierer" is written in a smaller, more compact script. The signature is positioned on a light blue horizontal line.